

Öffentliche Aufträge  
gesetzlich fair regeln!

## „Billig: Kommt Teurer“

Erste Auswertung regionale Kampagne  
Dresden-Oberes Elbtal,  
Mai –Juni 2012



## Erste Auswertung regionale Kampagne

Der DGB Dresden-Oberes Elbtal führte zur Vergabegesetzkampagne „**Billig: Kommt Teurer**“ eine regionale Tour durch. Sie bestand aus Straßenaktionen, öffentlichen Tagungen und zahlreichen Gesprächen mit Abgeordneten, Bürgermeistern und einem Landrat.

Nachdem in die DGB-Kampagne zu den Veranstaltungen anlässlich des 1. Mai eingeführt wurde, schrieb der DGB Anfang Mai alle hauptamtlichen Abgeordneten der demokratischen Parteien im gesamten Regionsgebiet an. Ebenso die Fraktionen der Kreistage und des Stadtrates in Dresden. An alle wurde die Bitte gesandt, zum Thema der öffentlichen Vergabe ins Gespräch zu kommen. Daraufhin wurden viele Gesprächstermine vereinbart, die in der ersten Phase der Kampagne den inhaltlichen Kern bildeten.

Die Aktivitäten der Kampagne wurden in unserer Region in sehr enger Kooperation und unter tätiger Mithilfe der ehrenamtlichen neuen Kreisverbände Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge durchgeführt. Dazu wurden die Gespräche mit den Parlamentariern mit Mitgliedern der Kreisvorstände absolviert. Die Kooperation mit dem DGB-Bezirk gestaltete sich sehr positiv. Wir haben inhaltliche Unterstützung erhalten, sowohl bei den Vorbereitungen der Gespräche und Veranstaltungen, wie auch bei der Durchführung selbst.

Bei der Tour haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Gesprächspartner über Parteigrenzen hinweg, grundsätzlich unser Anliegen verstehen, viele auch die inhaltlichen Aussagen der Kampagne teilen konnten. Von den Besuchern der Infostände erhielten wir positive Rückmeldungen. Zahlreich wurden die Unterschriftenlisten genutzt. Es gelingt offensichtlich sehr gut, von den Menschen Unterstützung für das Kampagnenanliegen zu erhalten.

Bei den Gesprächspartnern der Oppositionsparteien haben wir einige weitere Aktionen und gemeinsame Veranstaltungen verabredet. Großes gegenseitiges Verständnis gab es bei den Gesprächen mit Bündnis 90/Die Grünen. Hier in der Region werden die Ziele des Gesetzentwurfs von LINKE und SPD auch von den Grünen geteilt. Von den Gesprächspartnern der CDU gab es etliche praktische Hinweise für Ansätze von Kriterien der öffentlichen Auftragsvergabe.

Die Materialien der Kampagne unterstützen den Inhalt peppig und ansprechend. Die Powerpointpräsentation zur Erklärung des Kampagnenanliegens war Gesprächsleitfaden und ist sehr gut anwendbar. Die Stifte der Kampagne haben reisenden Absatz gefunden. Die Wasserwaagen nutzen wir als Werbegeschenk an die Hauptgesprächspartner.

Das öffentliche Feedback in der Presse ist ebenfalls positiv. Und nicht zu unterschätzen ist die Weiterverbreitung der elektronischen Kampagnenlogos und Kampagnenbilder. Auch, aber nicht nur im Web 2.0. In den Gesprächen erhielten wir einige praktische Beispiele zum Kontext der Vergabe, die als Beispiele der Kampagnenbotschaft verstanden werden können.

### Fazit:

- Sehr gut geeignet zur emotionalen Ansprechbarkeit.
- Positive Unterstützung der Ehrenamtlichen Kreisverbände
- Interesse bei den Parlamentariern und in den Verwaltungen
- in weiteren Kampagnenphasen ausbaufähig
- gut geeignet um politisch von unten „Druck“ zu machen.

### Gespräch mit Landrat Michael Geisler



14.06.2012 - Am 14.06.2012 empfing der Landrat der Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Michael Geisler gemeinsam mit Frau Hille, Beigeordnete für Ordnung, Vertreter des DGB, um über öffentliche Vergaben zu sprechen. In einer außerordentlichen offenen und freundlichen Atmosphäre stellten Thomas Dißelmeyer, Kreisvorsitzender des DGB-Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und der Regionsvorsitzende Dresden-Oberes Elbtal Ralf Hron Schwerpunkte der Gewerkschaftskampagne vor. Landrat Michael Geisler zeigte grundsätzliches Verständnis für das Ziel der Kampagne. weiterlesen ...

### Abgeordnetengespräch mit Geert Mackenroth, MdL (CDU)



13.06.2012 - Am 13.06.2012 fand in Dresden auf Bitten des DGB ein Gespräch mit dem Riesa-Großenhainer CDU-Landtagsabgeordneten Geert Mackenroth zur Vergabegesetzkampagne der Gewerkschaften statt. In dem konstruktiven Gesprächsdialog gab Mackenroth seiner Überzeugung Ausdruck, dass die anstehende Überarbeitung der Vergabegesetzgebung in Sachsen zu einer Verbesserung der öffentlichen Auftragsvergabe führen kann und muss. „Der Staat ist zu arm, um sich das Billigste leisten zu können“, drückte Mackenroth in seiner Grundüberzeugung aus.

### Abgeordnetengespräch mit Martin Dulig (SPD)



13.06.2012 - Am 13.06.2012 trafen sich zur Vergabegesetzkampagne der Fraktionsvorsitzenden der SPD im Sächsischen Landtag Martin Dulig in seinen Wahlkreis mit dem DGB. Um über die Vergabegesetzkampagne der Gewerkschaften und das Gesetzgebungsverfahren zu diskutieren. Dulig informierte den DGB Regionsvorsitzenden Ralf Hron über den aktuellen Sachstand des von seiner Partei gemeinsam mit der LINKEN eingereichten Gesetzentwurfs. weiterlesen ...

### DGB im Vorstand von DIE LINKE Dresden



13.06.2012 - Der DGB-Regionsvorsitzende Ralf Hron war am 12.06.2012 am frühen Abend Gast in der Vorstandssitzung der Dresdner LINKEN. Eingeladen hatten ihn hierzu die Landtagsabgeordnete Annetkatrin Klepsch und ihr Ko-Vorsitzende der Dresdner LINKEN Tilo Kießling. Im Haus der Begegnung in der Großenhainer Straße hatte Hron für den DGB die Gelegenheit, die Kampagne „Billig: Kommt Teurer“ vorzustellen und auf die inhaltlichen Positionen der Gewerkschaften zu einem neuen Vergabegesetz einzugehen.

### Vor Ort Termin mit Dr. André Hahn (DIE LINKE)



13.06.2012 - Am 12.06.2012 traf sich der DGB im Rahmen der Vergabegesetzkampagne mit dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Sächsischen Landtag Dr. André Hahn zu einem Gespräch vor der Eishalle in Dresden. Verabredet hatte man sich auf Wunsch der Gewerkschaften mit Hahn, dessen Wahlkreis in Pirna liegt, um den Sachstand des Gesetzgebungsverfahrens für ein neues Vergabegesetz für Sachsen zu diskutieren. Am Beispiel des Schadens am Dach der Dresdner Eishalle zeigt sich in besonders drastischer Weise, welche Folgen der Preisdruck von öffentlichen Bauten haben kann. weiterlesen ...

### Kampagne am Frauenmarkt in Großenhain



12.06.2012 - Am 12.06.2012 trafen sich die Kolleginnen und Kollegen des ehrenamtlichen DGB-Kreisverbandes Meißen in Großenhain am Frauenmarkt, um für die Kampagne „Billig: Kommt Teurer“ öffentlich zu werben. Eingeladen hatte sie die Landtagsabgeordnete von der Partei DIE LINKE, Kerstin Lauterbach. Bei wunderbarem Wetter und noch besserer Laune sammelten sie Unterschriften für ein neues Vergabegesetz und führten spannende Diskussionen mit den Passanten.

### Dresdner Parteivorsitzende zum Thema Vergabegesetz



11.06.2012 - Am 7.Juni fand als Teil der Gründungsveranstaltung des DGB Stadtverbandes Dresden eine Diskussionsrunde mit den Parteivorsitzenden von CDU, SPD, der LINKEN und von B90/Die Grünen im Volkshaus Dresden zur Vergabegesetzkampagne des DGB statt. In diesem Rahmen haben wir den Gästen unsere Kampagnen Wasserwaage übergeben und sie um ein Steatement zum Vergaberecht gebeten. Hier die Ergebnisse:  
weiterlesen ...

### Abgeordnetengespräch Wahlkreisbüro Dr. Gerstenberg (MdL B90/Die Grünen)



11.06.2012 - Am 11.06.2012 trafen sich im Rahmen der Kampagne „Billig: Kommt Teurer“ der Landtagsabgeordnete Dr. Karl-Heinz Gerstenberg und der DGB-Regionsvorsitzende von Dresden-Oberes Elbtal Ralf Hron zu einem Gespräch über ein neues Vergabegesetz im Wahlkreisbüro in Dresden. Ausführlich diskutierten die beiden Gesprächspartner gemeinsam mit Dr. Heidi Becherer vom DGB-Bezirk Sachsen die Positionen von der Bündnis 90/Die Grünen zu den bisher vorliegenden Gesetzentwürfen. Seine Partei, so machte Dr. Karl-Heinz Gerstenberg deutlich, hat einen eigenen grünen Gesetzentwurf eingereicht: Der jedoch nicht in Gegenposition steht, zudem was die SPD und DIE LINKE als Gesetzentwurf ihrerseits im Sächsischen Landtag eingereicht haben. weiterlesen ...

### Gespräch mit OB von Sebnitz Mike Ruckh



08.06.2012 - Am 08.06.2012 machte die regionale Kampagne „Billig: Kommt Teurer“ des DGB noch einmal Station in Sebnitz in der Sächsischen Schweiz. Zunächst informierten die Kollegen vom DGB auf dem Marktplatz über die Ziele der Kampagne und sammelten Unterschriften zur Unterstützung. Dann stand ein Besuch beim Oberbürgermeister von Sebnitz an. Im Gespräch

macht Mike Ruckh deutlich, dass er bei öffentlichen Auftragsvergaben am ehesten zum sogenannten „Schweizer Modell“ tendiere. Dieses streicht sowohl das Billigste sowie das teuerste Angebot von der Vergabe. weiterlesen ...

#### **Abgeordnetengespräch mit MdL Sebastian Fischer (CDU)**



08.06.2012 - Am 8. Juni 2012 haben sich Manja Sellenthin und Silvana Birkigt mit dem CDU-Abgeordneten des Sächsischen Landtages, Herrn Sebastian Fischer, in seinem Wahlkreisbüro in Großenhain getroffen, um über die Vergabegesetzkampagne des DGB Sachsen „Billig: Kommt teurer“ zu informieren. Herr Fischer zeigte sich zunächst verwundert, dass auf den Fotos, die zum Start der Kampagne veröffentlicht wurden, nur die Oppositionsparteien zusammen mit dem DGB zu sehen waren. weiterlesen ...

#### **Gründung DGB Stadtverband Dresden,**



07.06.2012 - Die Gründungsversammlung des ehrenamtlichen DGB-Stadtverbandes Dresden fand am 07.06.2012, um 17.00 Uhr im Volkshaus Dresden statt. Mit der Stadtverbandsgründung folgen die Gewerkschaften einem Beschluss des letzten DGB-Bundeskongresses. Die entsprechende Satzungsänderung verfolgt das Ziel, die gemeinsamen Interessen der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte zu bündeln. Damit wertet der DGB vor allem die ehrenamtliche Arbeit auf. Der Stadtverband Dresden hat insgesamt in acht Mitglieds-gewerkschaften über 29.000 Mitglieder.

weiterlesen ...

#### **Abgeordnetengespräch mit Jens Michel, MdL (CDU)**



07.06.2012 - Am 07.06.2012 besuchte der DGB den CDU-Landtagsabgeordneten Jens Michel in seinem Wahlkreisbüro in Sebnitz. Jens Michel von der CDU-Fraktion verdeutlichte seine Position zum Thema. Auch aus seiner Sicht muss das Vergabegesetz präzisere Aussagen treffen, vor allem über die Kernfrage der Wirtschaftlichkeit. Er lehne es aber ab, über dem Umweg des Vergabegesetzes weitere Regelungen zu treffen, die eher in die Sozialgesetzgebung oder das Umweltrecht gehören. weiterlesen ...

#### **Altmarktgalerie und Gespräch Dr. Lames (SPD)**



06.06.2012 - Am 06.06.2012 machte die regionale Tour zur DGB-Kampagne „Billig: Kommt teurer“ Station vor der Altmarktgalerie in Dresden. Die Gewerkschaften werben in der Öffentlichkeit für ein neues Vergabegesetz. Am 06.06.2012 fand in Dresden auch ein Gespräch zwischen dem DGB und dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Dr. Peter Lames statt. Während des Gespräches informierte man sich gegenseitig über den Sachstand des Gesetzgebungsverfahrens auf der Landesebene und über Probleme der öffentlichen Auftragsvergabe in Dresden. weiterlesen ...

#### **Abgeordnetengespräch mit Klaus Brähmig von der CDU (MdB)**



06.06.2012 - Am 05.06.2012 fand in Pirna im Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Klaus Brähmig ein Gespräch zu Vorstellungen für ein sächsisches Vergabegesetz nach den Vorstellungen des GB statt. Die Gewerkschafter hatten um dieses Gespräch im Rahmen ihrer Kampagnentour "Billig: Kommt teurer" gebeten. Herr Brähmig (CDU) empfing in seinem Wahlkreisbüro in Pirna den Vorsitzenden des ehrenamtlichen DGB-Kreisverbandes Sächsisches Schweiz-Osterzgebirge Thomas Dißelmeyer und den stellvertretenden Vorsitzenden Ralf Baldauf gemeinsam mit der verantwortlichen Mitarbeiterin für die Kampagne Manja Sellenthin. weiterlesen...

#### **Treffen mit Dagmar Neukirch, SPD (MdB)**



04.06.2012 - Am 04.06.2012 fand in Pirna das erste Abgeordnetengespräch zur sächsischen Vergabegesetzkampagne des DGB mit der Landtagsabgeordneten Dagmar Neukirch von der SPD-Fraktion statt. Gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Vorsitzenden des DGB Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Thomas Dißelmeyer, diskutierten Kolleginnen und Kollegen über die Kampagne der Gewerkschaften für ein modernes Vergabegesetz. [weiterlesen ...](#)

#### **Städte und Gemeinden sollten öffentlich Aufträge fair ausschreiben**



04.06.2012 - Der DGB Dresden-Oberes Elbtal startete am 04.06.2012 in Pirna seine regionale Tour zur Vergabegesetzkampagne „Billig: Kommt teuer“. Die Städte und Gemeinden sollten ihre öffentlichen Aufträge aus Sicht des DGB fair ausschreiben. Also nicht einfach die billigsten Angebote zum Zuge kommen lassen. Am Rande der Straßenaktion in Pirna wies DGB-Regionsvorsitzender Ralf Hron darauf hin, „dass die heutige gesetzliche Lage dazu führe, dass es keine Regelung zur Tariftreue, keinen Mindestlohn geschweige denn Vorschriften zum Einsatz von Leiharbeit gibt.“ [weiterlesen ...](#)

#### **DGB beginnt regional mit Kampagne**



02.06.2012 - DGB-Regionsvorsitzende Ralf Hron äußerte sich am Sonntag, den 2.6. in Dresden vor dem Start der regionalen Kampagne für ein modernes Vergabegesetz in Sachsen. „In den kommenden zwei Wochen werden wir Gewerkschafter Abgeordnete des Bundes-, des Landtages, kommunale Kreis- und Stadtratsfraktionen und Bürgermeister besuchen, um mit ihnen über Wege zur fairen Vergabe öffentlicher Aufträge zu diskutieren. Der DGB wird in Pirna, Sebnitz, Großenhain, Riesa, Meissen, Dresden und Freital entsprechende Diskussionen führen und öffentlich für ein neues Vergabegesetz werben.“ [weiterlesen ...](#)

### Gesellenvertreter diskutieren vor Präsidentenwahl der HWK



02.06.2012 - Die Gesellenvertreter der Handwerkskammer Dresden diskutierten am Freitag, den 1.6.2012 in Dresden mit den beiden Kandidaten für den Präsidentenposten der HWK, Herr Kurt Hähnichen und Dr. Jörg Dittrich. Die Arbeitnehmer, die bei der diesjährigen Wahl der Handwerkskammer wiederholt unter dem Namen „Arbeitnehmer für Demokratie und Mitbestimmung im Handwerk“ gewählt wurden, führten ihre Abschlussbesprechung vor der kommenden Vollversammlung durch. In einer sehr konstruktiven Atmosphäre wurde mit beiden Kandidaten über ihre Vorstellungen für die kommenden Jahre diskutiert.

### Aktionstag in Riesa am 4. Mai 2012



07.05.2012 - Freitag, 4. Mai 2012. Als der DGB-Info-Bus mit seinem „neuen Gesicht“ „Billig: Kommt teurer“ in der Einkaufspassage in Riesa auf den Platz am Kino Capitol fuhr, blieben die ersten Passanten schon stehen: Was passiert denn da jetzt? Mitglieder des DGB-Kreisverbandes Meißen hatten sich an diesem Freitag vorgenommen, die Menschen in Riesa über die Kampagne des DGB Sachsen für ein neues sächsisches Vergabegesetz zu informieren. weiterlesen ...

07.05.2012

**Billig kommt teurer!**

## **Aktionstag in Riesa am 4. Mai 2012**

Für ein neues Vergabegesetz in Sachsen



Aktion des DGB Meißen zur Kampagne um ein Vergabegesetz "Billig kommt teurer" in Riesa am 4.5.2012. *hr*

Freitag, 4. Mai 2012. Als der DGB-Info-Bus mit seinem „neuen Gesicht“ „Billig: Kommt teurer“ in der Einkaufspassage in Riesa auf den Platz am Kino Capitol fuhr, blieben die ersten Passanten schon stehen: Was passiert denn da jetzt? Mitglieder des DGB-Kreisverbandes Meißen hatten sich an diesem Freitag vorgenommen, die Menschen in Riesa über die Kampagne des DGB Sachsen für ein neues sächsisches Vergabegesetz zu informieren. Ausgestattet mit Info-Material gingen wir auf die Leute zu. Oftmals bedurfte es gar nicht vieler Worte. Schnell haben die Riesaerinnen und Riesaer unser Anliegen aufgegriffen und uns mit fast 120 Unterschriften auf unseren Listen „Öffentliche Aufträge gesetzlich fair regeln!“ unterstützt. Löhne, die zum Leben nicht reichen, das Wegfallen von Arbeitsplätzen, das Wegziehen aus Sachsen, um woanders arbeiten zu können – dies sind Begrifflichkeiten, mit denen sich viele Menschen sehr oft persönlich auseinandersetzen müssen. Sie stimmten uns zu, dass es wichtig ist, in die Öffentlichkeit zu gehen und wünschten uns viel Kraft und Durchhaltevermögen für die Weiterführung der Kampagne.

Am späten Nachmittag hatte der Kreisverband zu seinem Arbeitnehmerempfang anlässlich des 1. Mai 2012 eingeladen. Die Vorsitzende des DGB-Bezirks Sachsen, Iris Kloppich, folgte gern der Einladung. Auch sie erläuterte vor den Betriebs- und Personalräten, vor dem Landrat von Meißen, Arndt Steinbach, dem Mitglied des Sächsischen Landtages, Kerstin Lauterbach, sowie der Chefin der Arbeitsagentur Riesa nochmals die Bedeutung der Kampagne: „Öffentliche Aufträge sollen nicht mehr die billigsten Anbieter bekommen, sondern diejenigen, die sich an tarifliche, soziale und ökologische Standards halten.“ Ein herzliches Dankeschön an Beate Eichner, Michael Brunner, Wolfgang Koscielny, Dietmar Damaschke und Siegmund Richter für ihre Unterstützung bei unserer ersten öffentlichen Aktion als DGB-KV Meißen. (sb)



Landrat von Meißen Arndt Steinbach in Diskussion mit verdi Geschäftsführer Frank Fischer beim Arbeitnehmerempfang des DGB auf der MS "Stadt Riesa". *Birkigt*



"Billig kommt teurer" heißt die DGB Kampagne für ein modernes Vergaberecht in Sachsen. Standaufbau in Riesa am 4.5. 2012. *Birkigt*



DGBBezirksvorsitzende Iris Kloppich beim Arbeitnehmerempfang des ehrenamtlichen DGB Meißen mit Klaus Peter Fink (GdP) und Volkmar Heinrich (NGG) *Birkigt*



Aktion DGB Kreis Meißen. Stand in Riesa am 4.5. 2012. *Birkigt*

02.06.2012

Start am 4.6. in Pirna

## DGB beginnt regional mit Kampagne

Für ein modernes Vergabegesetz in Sachsen



Volker Linke, EVG bei der Kampagne Billig kommt Teurer! Hron

DGB-Regionvorsitzende Ralf Hron äußerte sich am Sonntag, den 2.6. in Dresden vor dem Start der regionalen Kampagne für ein modernes Vergabegesetz in Sachsen. „In den kommenden zwei Wochen werden wir Gewerkschafter Abgeordnete des Bundes-, des Landtages, kommunale Kreis- und Stadtratsfraktionen und Bürgermeister besuchen, um mit ihnen über Wege zur fairen Vergabe öffentlicher Aufträge zu diskutieren. Wir haben hierzu die demokratischen Parteien angeschrieben.“

Der DGB wird in Pirna, Sebnitz, Großenhain, Riesa, Meissen, Dresden und Freital entsprechende Diskussionen führen und öffentlich für ein neues Vergabegesetz werben. Unter dem Motto „**Billig kommt teurer – Öffentliche Aufträge gesetzlich fair regeln!**“ mobilisieren die Gewerkschaften in den nächsten Monaten in ganz Sachsen für ein Vergabegesetz. Dieses soll Tarifregelung, Mindestlohn sowie soziale und ökologischen Kriterien enthalten. „Sachsen muss in der Tat weg vom Niedriglohnimage. Fachkräfte an unsere Region zu binden wird nur gelingen, wenn ordentliche Löhne nach Tarifvertrag gezahlt werden. Die öffentlichen Auftraggeber, vor allen in den Städten und Gemeinden haben hier eine wichtige Vorbildfunktion. Nicht das Billigste ist immer das Klügste.“, sagte Ralf Hron in Dresden.

Los geht's am Montag, den 4.6. in Pirna um 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr u.a. mit einem Treffen mit SPD Abgeordneten Dagmar Neukirch. Am Dienstag treffen sich die Gewerkschafter mit dem Bundestagsabgeordneten Klaus Brähmig von der CDU. Ebenfalls in seinem Wahlkreis in Pirna. „Wir freuen uns auf spannende Diskussionen, denn faire Löhne für ordentliche Arbeit sind aus unserer gewerkschaftlichen Sicht entscheidend für die Qualität.“ „Denn am Ende kommt billig ebend oft teurer“, so Hron abschließend.



Billig kommt Teurer. Thema bei den Handwerkskammer Gesellenvertretern am 1. Juni 2012 in Dresden. Hron

02.06.2012

Dresden

## Gesellenvertreter diskutieren vor Präsidentenwahl der HWK

Klausur der Gewerkschafter im Handwerk mit den Kandidaten



Diskussion mit den Kandidaten zur Wahl des künftigen Präsidenten der HWK Dresden Kurt Hähnichen und Dr. Jörg Dittrich am 1.6. während der Klausur der Gesellenvertreter. Hron

Die Gesellenvertreter der Handwerkskammer Dresden diskutierten am Freitag, den 1.6.2012 in Dresden mit den beiden Kandidaten für den Präsidentenposten der HWK, Herr Kurt Hähnichen und Dr. Jörg Dittrich. Die Arbeitnehmer, die bei der diesjährigen Wahl der Handwerkskammer wiederholt unter dem Namen „Arbeitnehmer für Demokratie und Mitbestimmung im Handwerk“ gewählt wurden, führten ihre Abschlussbesprechung vor der kommenden Vollversammlung durch. In einer sehr konstruktiven Atmosphäre wurde mit beiden Kandidaten über ihre Vorstellungen für die kommenden Jahre diskutiert.

Der von den Arbeitnehmern kommende Vizepräsident der HWK Dresden, Hans-Ullrich Kunz, zeigte sich nach der Debatte sehr zufrieden über beide Kandidaten. Wir werden in jedem Fall weiter gemeinsam für ein starkes Handwerk in der Region zusammen arbeiten. Egal wer in der freien und geheimen Wahl gewählt wird. Die Gewerkschaften arbeiten in der Selbstverwaltung des Handwerks auf der Basis einer sogenannten Drittelparität mit und besetzen u.a. einen der Vizepräsidentenposten. Kandidat hierfür ist bei der anstehenden Wahl des neuen Vorstandes wiederum Hans-Ullrich Kunz. Für die Wahlen ist es dem DGB in der Region inhaltlich wichtig, die gemeinsame Arbeit für ein leistungsfähiges und qualitativ hochwertiges Handwerk fortzusetzen.

DGB-Regionvorsitzende Ralf Hron diskutierte mit den Gesellenvertretern unter Federführung des DGB Bezirks inhaltlich schwerpunktmäßig die Frage der fairen Öffentlichen Auftragsvergabe. Unter dem Motto „**Billig kommt teurer – Öffentliche Aufträge gesetzlich fair regeln!**“ mobilisieren die Gewerkschaften zurzeit für ein neues Vergabegesetz in Sachsen. Heidi Becherer stellte die Kampagne vor. „Gerade das Handwerk lebt davon, dass die öffentlichen Gelder auch ökonomisch sinnvoll vergeben werden und nicht schmutzige Konkurrenz den Markt kaputt macht. Angebote, die z.B. kaum die Personalkosten tragen führen dann zu Pusch und späteren Nachkosten zu Lasten der Auftraggeber. Und natürlich leiden die Arbeitnehmer darunter als Erste“, so Hron während der Tagung! Die Gewerkschaften werden mit den Gesellen in der kommenden Legislatur dieses Thema in der HWK Dresden diskutieren.

04.06.2012

Pirna

## Städte und Gemeinden sollten öffentlich Aufträge fair ausschreiben

Billig: Kommt teurer Kampagne gestartet



Unterschriftensammlung zur Kampagne "Billig kommt Teurer" in Pirna am 4.6.2012. Hron

Der DGB Dresden-Oberes Elbtal startete am 04.06.2012 in Pirna seine regionale Tour zur Vergabegesetzkampagne „Billig: Kommt teurer“. Die Gewerkschaften sammeln Unterschriften und Unterstützung für ein modernes Vergabegesetz in Sachsen. Hierzu werden Straßenaktionen gestartet, Abgeordnetengespräche geführt, und Veranstaltungen absolviert.

Die Städte und Gemeinden sollten ihre öffentlichen Aufträge aus Sicht des DGB fair ausschreiben. Also nicht einfach die billigsten Angebote zum Zuge kommen lassen. Am Rande der Straßenaktion in Pirna wies DGB-Regionsvorsitzender Ralf Hron darauf hin, „dass die heutige gesetzliche Lage dazu führe, dass es keine Regelung zur Tariftreue, keinen Mindestlohn geschweige denn Vorschriften zum Einsatz von Leiharbeit gibt.“ In der Praxis bedeutet dies bei öffentlichen Ausschreibungen, dass unter dem wirtschaftlichsten Angebot fast ausschließlich das Billigste verstanden wird. Was letztlich Niemandem hilft.

Für die Kommunen ist diese Strategie nicht sinnvoll, da sie den Dumpingwettbewerb mit Steuermitteln anheizt, mit fatalen Folgen. „Unternehmen, die faire Löhne zahlen, haben weniger Chancen Auftrieb zu erhalten. Der Ehrliche ist also am Ende der Dumme. Dadurch wiederum sinken Steuereinnahmen und das Sozialdumping führt zum Kahlschlag in den Sozialkassen. Ein negativer Kreislauf, der mit einem neuen Gesetz endlich durchbrochen werden muss“, so Hron, am Montag in Pirna.

Der Zuspruch der Gäste am Stand des DGB's war groß. Innerhalb kürzester Zeit unterschrieben über 120 Personen die vorbereiteten Unterschriftenlisten des DGB für ein faires Vergabegesetz. In den kommenden Tagen werden die Aktionen fortgesetzt. Am Mittag fand in Pirna auch das erste Abgeordnetengespräch, zur öffentlichen Auftragsvergabe, mit Dagmar Neukirch, MdL, von der SPD-Landtagsfraktion statt.



Stand DGB in Pirna. Hron



Unterschriften zur Kampagne "Billig kommt Teurer" des DGB werden in Pirna gesammelt. Hron



Die Kampagnentour des DGB für ein modernes faires Vergabegesetz macht Station in Pirna. Hron



In der Pirnaer Innenstadt am 4.6.2012. Hron

04.06.2012

## Treffen mit Dagmar Neukirch, MdL, SPD

Erstes Abgeordnetengespräch zur Vergabegesetzkampagne in Pirna



Übergabe der Wasserwaage zur Kampagne "Billig kommt Teurer" an Dagmar Neukirch, MdL SPD nach dem Abgeordnetengespräch im Wahlkreis. *Hron*

Am 04.06.2012 fand in Pirna das erste Abgeordnetengespräch zur sächsischen Vergabegesetzkampagne des DGB mit der Landtagsabgeordneten Dagmar Neukirch von der SPD-Fraktion statt. Gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Vorsitzenden des DGB Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Thomas Dißelmeyer, diskutierten Kolleginnen und Kollegen über die Kampagne der Gewerkschaften für ein modernes Vergabegesetz.

Dabei gingen die Gesprächspartner auf das gesetzgeberische Verfahren ein und wurden von Frau Neukirch über die gemeinsame Einreichung eines entsprechenden Gesetzentwurfes der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE informiert. Frau Neukirch drückte ihre Überzeugung aus, dass dringend neue Regelungen umgesetzt werden müssen, damit sowohl Qualität wie auch die Wertschätzung von Arbeit wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt werden. Die Menschen in Sachsen haben das Recht auf faire Arbeitsbedingungen und dementsprechend müssen auch die Löhne aussehen. Aus Sicht von Frau Neukirch müssen die Menschen von ihrer Arbeit natürlich leben, sowie Vorsorge für sich und ihre Familien leisten können. Eine solche ordentlich finanzierte Arbeit würde eine neue Kultur durchsetzen und gleichzeitig angesichts des demografischen Wandels eine praktische Maßnahme gegen den Fachkräftemangel sein.

Der DGB begrüßte in dem Gespräch die Aussagen der Abgeordneten und mahnte an, die Adressen aller Landtagsabgeordneten jetzt für faire öffentliche Auftragsvergabe tätig zu werden. Die Abgeordnete Dagmar Neukirch erhielt vom DGB eine Qualitätswasserwaage mit der Aufschrift, „Alles im Lot?“ im Design der Kampagne „Billig: Kommt teurer“.



Dagmar Neukirch, MdL SPD. *Hron*

---

***"Sachsen benötigt dringend Regelungen, damit Qualität und auch Wertschätzung von Arbeit wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken. Verantwortung für die Menschen in Sachsen muss auch die Arbeitsbedingungen und die Löhne in den Blick nehmen. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können und auch in der Lage sein, Vorsorge für sich und ihre Familien zu treffen. Der Freistaat muss hier Vorbild sein und seine öffentlichen Aufträge an diese Bedingungen knüpfen. Nur so kann sich eine neue Kultur der Arbeit durchsetzen, die wir gerade in Zeiten des demografischen Wandels und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels dringend benötigen." (Dagmar Neukirch, MdL SPD)***

---

06.06.2012

Pirna

## Abgeordnetengespräch mit Klaus Brähmig von der CDU (MdB)

Vorstellungen über Vergabegesetz diskutiert



Bundestagsabgeordneter Klaus Brähmig (CDU) aus Pirna erhält die Wasserwaage zur DGB Kampagne "Billig: Kommt Teurer". Hron

Am 05.06.2012 fand in Pirna im Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Klaus Brähmig ein Gespräch zu Vorstellungen für ein sächsisches Vergabegesetz nach den Vorstellungen des DGB statt. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hatten um dieses Gespräch im Rahmen ihrer Kampagnentour "Billig: Kommt teurer" gebeten. Herr Brähmig (CDU) empfing in seinem Wahlkreisbüro in Pirna den Vorsitzenden des ehrenamtlichen DGB-Kreisverbandes Sächsisches Schweiz-Osterzgebirge Thomas Dißelmeyer und den stellvertretenden Vorsitzenden Ralf Baldauf gemeinsam mit der verantwortlichen Mitarbeiterin für die Kampagne Manja Sellenthin. Die Kolleginnen und Kollegen hatten die Gelegenheit, ihre Vorstellungen für ein modernes und faires Vergabegesetz zu skizzieren und für eine Beteiligung der CDU Mehrheitsfraktion im Sächsischen Landtag zu werben.

Klaus Brähmig erklärte seine Vorstellungen zur öffentlichen Auftragsvergabe und betonte ein Grundverständnis für die Anliegen. In dem ausführlichen Austausch wurden verschiedene Beispiele für Vergabeprobleme besprochen. Wie z.B. die gerade abgelaufene Diskussion zum Rettungsdienst. Der Kreisausschuss des Kreistages Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat am 21.05.2012 einen Beschluss gefasst, in dem Grundstandards für die Ausschreibung fraktionsübergreifend formuliert wurden. Im Kern geht es darum, den Spielraum für den Erhalt der bisherigen Qualität im Ausschreibungsverfahren und im Wettbewerbsverfahren zu nutzen. Und nicht alleine auf Kostenminimierung zu setzen.

Klaus Brähmig erklärte seine Sicht auf den Arbeitsmarkt in der Region und erläuterte die inhaltliche Entwicklung innerhalb der CDU-Mittelstandsvereinigung. Insbesondere verwies er darauf, dass die CDU-Mittelstandsvereinigung, der er angehört, sich mittlerweile auf die Initiierung eines branchenspezifischen Mindestlohnes festgelegt hat. Brähmig stimmt mit seinen Gesprächspartnern auch darin überein, dass dort wo, öffentliche Aufträge vergeben werden, eine Möglichkeit zur gezielteren regionalen Steuerung besteht. Diskutiert wurde die Ausschreibungsverfahren auch im Kontext der Fachkräfteentwicklung und der Attraktivität der Region. An zwei praktischen Beispielen bot Brähmig dem DGB eine stärkere Zusammenarbeit an. Wie z. B. in der Frage der Entwicklung von „Qualitätstourismus“, der selbstverständlich auch für attraktive Arbeitsplätze der Menschen sorgen muss.

Das Gespräch dauerte wesentlich länger als ursprünglich geplant und wurde mit der Versicherung geführt, „dass man vor allem sich darauf konzentrieren sollte, was gemeinsam über die parteipolitische Lage hinaus umsetzbar ist.“ Der DGB ist zurzeit im Rahmen der Kampagne in der Region unterwegs, um mit den Abgeordneten verschiedener Parteien über ein neues Vergaberecht in Sachsen zu diskutieren. Die Gesprächspartner vereinbarten die Fortsetzung des Dialogs.



Bundestagsabgeordneter Brähmig (CDU) im Gespräch mit DGB Vorsitzenden Sächsische Schweiz Osterzgebirge Thomas Dißelmeyer (verdi) und Vize Ralf Baldauf (IG Metall). Hron

**"Der Arbeitsmarkt hat mittlerweile eine Dynamik erreicht, so dass die Politik häufig nur noch nachsteuern kann. Die Praxis auf dem Arbeitsmarkt hat in Teilgebieten viele ideologische Vorstellungen überholt. Auch wir als CDU bekämpfen unfaire Löhne.**

**Bundesweite Branchenmindestlöhne schützen bereits vier Millionen Menschen in besonders anfälligen Bereichen vor einer Lohnspirale nach unten. Dort, wo Branchenregelungen aufgrund der Rahmenbedingungen zustande kommen, ist jetzt eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze auf tarifpartnerschaftlicher Basis geplant. Für diese Position gibt es auch Unterstützung aus der Mittelstandsvereinigung der CDU. Da, wo öffentliche Aufträge vergeben werden, hat der Staat sicherlich mehr Möglichkeiten, Lohndumping zu verhindern. (Klaus Brähmig MdB; CDU-CSU)**

---



Klaus Brähmig (MdB CDU) im Dialog mit Manja Sellenthin vom DGB Sachsen. Hron

---

**"In ein paar Jahren wird sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt sowieso grundlegend verändern. Dann werden die Unternehmen den Arbeitskräften hinterherlaufen und natürlich werden diese Unternehmen dann angemessene Löhne zahlen müssen. Der Fachkräftemangel zeigt sich auch hier in unserer sächsischen Heimat immer konkreter. Ich werbe z.B. dafür, dass wir durch Qualitätstourismus mit hervorragend ausgebildetem Personal attraktive Arbeitsplätze in unserer Region schaffen. So können wir Abwanderung verhindern und jungen Menschen eine Zukunft in ihrer Heimat ermöglichen." (Klaus Brähmig MdB; CDU-CSU)**

---

06.06.2012

Dresden

## Altmarktgalerie und Gespräch Dr. Lames (SPD)

Regionale Tour zur DGB-Kampagne „Billig: Kommt teurer“



Dr. Peter Lames (Vorsitzender Stadtratsfraktion SPD Dresden) Hron

Am 06.06.2012 machte die regionale Tour zur DGB-Kampagne „Billig: Kommt teurer“ Station vor der Altmarktgalerie in Dresden. Die Gewerkschaften werben in der Öffentlichkeit für ein neues Vergabegesetz, welches die öffentlichen Aufträge fair regelt. Der Freistaat Sachsen muss das bisherige Gesetz im Zuge der Harmonisierung mit europäischen Vorschriften überarbeiten. Wichtig ist dem DGB, dass Bund, Länder, Städte und Gemeinden in Zukunft unter Wirtschaftlichkeit in der Regel nicht immer die billigsten Angebote verstehen. Die führen dazu, dass Lohn- und Sozialdumping mit Steuermitteln betrieben wird und eine ganze Kette von daraus resultierenden Problemen entsteht. Unter denen die Menschen und auch die Kommunen leiden. Zusätzlicher negativer Effekt ist, dass Unternehmen, die faire Löhne zahlen, und zeitgemäße soziale und ökologische Kriterien einhalten, keine Aufträge erhalten.

Die Besucher des Standes vor der Altmarktgalerie in Dresden schrieben sich in die vorbereiteten Unterschriftenlisten ein, mit denen für einen entsprechenden Gesetzentwurf geworben wird. In den Gesprächen am Infostand herrscht reges Interesse. Die Unterstützer berichten auch von ihren Erfahrungen mit der Auftragsvergabe und von den zahlreichen Schwierigkeiten von Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Die SPD und die Linkspartei haben einen entsprechenden Gesetzentwurf eingereicht, ebenso Bündnis 90/Die Grünen.

Am 06.06.2012 fand in Dresden auch ein Gespräch zwischen dem DGB und dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Dr. Peter Lames statt. Während des Gespräches informierte man sich gegenseitig über den Sachstand des Gesetzgebungsverfahrens auf der Landesebene und über Probleme der öffentlichen Auftragsvergabe in Dresden. Dr. Lames verwies darauf, dass seine Partei nach mehrmaligem Ringen mit dafür gesorgt hat, dass ausbeuterische Kinderarbeit nun endlich ein Ausschlusskriterium für Aufträge der Stadt Dresden ist. Neben dem berühmten Beispiel der kaputten Eislauhalle in Dresden diskutierten die Gesprächspartner über Möglichkeiten, von tariflicher Bindung bei öffentlichen Aufträgen, wichtigen sozialen Kriterien und ökologischen Mindeststandards. Aus Sicht von Dr.

Lames müssen faire Löhne aus den Kalkulationen der Bieterfirmen ersichtlich sein. Der SPD-Kommunalpolitiker besuchte dann noch den Stand vor der Altmarktgalerie und unterstützte die Unterschriftensammlung für ein neues Vergabegesetz.



Am Stand des DGB vor der Altmarktgalerie Silvana Birkigt (DGB) Hron



Altmarktgalerie Dresden. Am Stand der DGB Kampagne "Billig: Kommt Teurer". Hron



Übergabe der Kampagnenwasserwaage nach dem Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD Stadtratsfraktion Dr. Peter Lames in Dresden Hron



"Billig: Kommt Teurer" Regionale Tour Juni 2012. Dresden. Hron

---

**„Öffentliche Auftragsvergabe ist öffentliche Verantwortung! So hat die SPD in Dresden mit anderen durchgesetzt, dass die Stadt keine Produkte mehr aus ausbeuterischer Kinderarbeit beschafft. Unbedingt muss Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verlangt werden, damit die Menschen von ihrer ehrlichen Arbeit auch leben können. Wir brauchen dafür jetzt endlich eine gesetzliche Grundlage!“ (Dr. Peter Lames ; SPD-Stadtratsfraktion)**

---

07.06.2012

Sebnitz

## Abgeordnetengespräch mit Jens Michel, MdL (CDU)

Im Rahmen der Kampagne „Billig: Kommt teurer“



Der Sebnitzer CDU Landtagsabgeordnete erhält die Wasserwaage der DGB Kampagne "Billig: Kommt Teurer" beim Abgeordnetengespräch aus den Händen vom ehrenamtlichen DGB Kreisvorsitzenden Thomas Dißelmeyer. *Hron*

Am 07.06.2012 besuchte der DGB den CDU-Landtagsabgeordneten Jens Michel in seinem Wahlkreisbüro in Sebnitz. Die Gewerkschaften hatten um den Termin gebeten, um über die Novellierung der Vergabegesetzes in Sachsen zu diskutieren. Im Rahmen der Kampagne „Billig: Kommt Teurer“ wirbt der DGB mit Straßenaktionen, bei Abgeordnetengesprächen und Konferenzen regional dafür, öffentliche Auftragsvergabe präziser zu regeln. Der ehrenamtliche Kreisvorsitzende Thomas Dißelmeyer hatte mit Kollegin Heidi Becherer vom DGB-Bezirk die Vorstellungen für faire Vergabe erläutert.

Jens Michel von der CDU-Fraktion verdeutlichte seine Position zum Thema. Auch aus seiner Sicht muss das Vergabegesetz präzisere Aussagen treffen, vor allem über die Kernfrage der Wirtschaftlichkeit. Hier müssen passende Formulierungen gefunden werden, „die auf keine unbestimmten Rechtsbegriffe abheben“, so Michel. Transparente Verfahren der öffentlichen Ausschreibungen sind dem Abgeordneten besonders wichtig. Er lehne es aber ab, über dem Umweg des Vergabegesetzes weitere Regelungen zu treffen, die eher in die Sozialgesetzgebung oder das Umweltrecht gehören. Soziale Standards dürfen nicht Teil der Gesetzgebung sein. „Ich lehne es aber insbesondere ab, über die Hintertür des Vergabegesetzes einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Ich bevorzuge den ‚natürlichen Weg‘ und nicht einen Mindestlohn“. Michel machte während des Gespräches immer wieder deutlich, dass das wirtschaftliche Wachstum für ihn Vorrang habe und man dieses nicht durch Einschränkung behindern dürfe.

Die DGB Kollegen machten in der Diskussion ihrerseits deutlich, dass zur wirtschaftlichen Bewertung von öffentlichen Aufträgen auch die sozialen Folgekosten, mögliche ökologische Beanspruchung und vor allen Dingen die Folgekosten von Billiglohn gehören. Grundsätzlich drehte sich die Diskussion immer wieder um die Frage, wie weit die Verantwortung des Gesetzgebers und die der öffentlichen Hand bei der Vergabe von Aufträgen gehen dürfe. Michel plädierte für knappe, für jede nach vollziehbare Regelung. Allerdings stimmte er mit den Gewerkschaftern überein, dass in die künftigen Regelungen im Vergabegesetz die Weitergaben an Subunternehmen für den Auftragnehmer verbindlich geregelt werden müssen. Gesprochen wurde auch über Fachkräfteentwicklung und dem Tourismus in der Region.



Diskussionsrunde beim MdL Jens Michel (CDU). Mit Thomas Dißelmeyer, Heidi Becherer vom DGB Bezirk und DGB Regionsvorsitzenden Ralf Hron. *Hron*



07.06.2012

**Dresden Volkshaus 7.6.2012**

## **Gründung DGB Stadtverband Dresden,**

Diskussion zu öffentlicher Auftragsvergabe mit Parteivorsitzenden



Gründung des DGB Stadtverbandes Dresden mit acht Mitgliedsgewerkschaften. Sie vertreten in der Landeshauptstadt rund 29.000 Mitglieder. 7.6. Volkshaus Dresden. *Hron*

Die Gründungsversammlung des ehrenamtlichen DGB-Stadtverbandes Dresden fand am 07.06.2012, um 17.00 Uhr im Volkshaus Dresden statt. Mit der Stadtverbandsgründung folgen die Gewerkschaften einem Beschluss des letzten DGB-Bundeskongresses. Die entsprechende Satzungsänderung verfolgt das Ziel, die gemeinsamen Interessen der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte zu bündeln. Damit wertet der DGB vor allem die ehrenamtliche Arbeit auf.

Der Stadtverband Dresden **hat insgesamt in acht Mitgliedsgewerkschaften über 29.000 Mitglieder**. Zur Gründungsveranstaltung ist eine ausführliche Diskussion zum Thema der öffentlichen Auftragsvergabe erfolgt. Die DGB-Bezirksvorsitzende von Sachsen Iris Kloppich hielt einen Vortrag. Anschließend erfolgte die Konstituierung des Stadtverbandes, dem in Dresden alle acht Mitgliedsgewerkschaften angehören. Dann schloss sich eine Diskussion mit den Parteivorsitzenden der demokratischen Parteien aus Dresden zur DGB-Kampagne „Billig: Kommt Teurer“ an.

An der sehr lebhaften Diskussion im Volkshaus nahmen teil, Andreas Lämmel, Vorsitzender der CDU Dresden, Mitglied im Deutschen Bundestag, Sabine Friedel, Vorsitzende der SPD Dresden, Mitglied des Sächsischen Landtages, Annetrin Klepsch, Vorsitzende DIE LINKE, Mitglied des Sächsischen Landtages, Michael Schmelich, Bündnis 90/Die Grünen und rund 40 ehrenamtliche Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften sowie weitere Gäste.

### Hintergrund

Insgesamt werden in Sachsen 10 DGB-Kreis- und 3 Stadtverbände gegründet, die identisch sind mit den Landkreisen und kreisfreien Städten der Verwaltungs- und Kreisgebietsreform. Der DGB-Stadtverband Dresden in Sachsen ist der erste Stadtverband, der gegründet wird. Der Vorsitzende bzw. die Vorsitzende des Stadtverbandes wird in der konstituierenden Sitzung des Stadtvorstandes gewählt. Die Mitglieder des DGB-Stadtvorstandes selbst wurden in den Gewerkschaften gewählt.

08.06.2012

Großenhain

## Abgeordnetengespräch mit MdL Sebastian Fischer (CDU)

Billig: Kommt Teurer



Sebastian Fischer (MdL CDU) aus Großenhain erhält die Wasserwaage der DGB Kampagne "Billig: Kommt Teurer". *Hron*

Am 8. Juni 2012 haben sich Manja Sellenthin und Silvana Birkigt mit dem CDU-Abgeordneten des Sächsischen Landtages, Herrn Sebastian Fischer, in seinem Wahlkreisbüro in Großenhain getroffen, um über die Vergabegesetzkampagne des DGB Sachsen „Billig: Kommt teurer“ zu informieren. Herr Fischer zeigte sich zunächst verwundert, dass auf den Fotos, die zum Start der Kampagne veröffentlicht wurden, nur die Oppositionsparteien zusammen mit dem DGB zu sehen waren. Die Aufklärung war schnell herbeigeführt – die Partei DIE LINKE und die SPD hatten sich dazu bereit erklärt, gemeinsam mit dem DGB einen Entwurf zum „Gesetz zur Neufassung des Vergaberechts im Freistaat Sachsen und zur Änderung weiterer Vorschriften“ zu erarbeiten. Dieser wurde am 10. Mai 2012 in den Landtag eingebracht.

Des Weiteren machten die beiden DGB-Kolleginnen zunächst deutlich, dass die Kampagne nicht ausschließlich dazu dient, ein neues Vergabegesetz in Sachsen zu bekommen, sondern dass vorrangig auch eine gesellschaftliche Debatte angestoßen werden soll: Was ist Qualität wert? Was ist Arbeit eigentlich wert? Das Ansehen der Unternehmen wird dadurch gesteigert, wenn diese tarifgebunden und familienfreundlich sind, wenn auf ökologische Nachhaltigkeit geachtet wird, wenn Arbeitnehmerrechte respektiert werden, um nur einige der Kriterien zu nennen, die im gegenwärtigen Vergabegesetz keine Rolle spielen. Das eingebrachte Gesetz soll letztendlich als strukturpolitisches Instrument dienen.

Herr Fischer erkundigte sich nochmals genau, ob der Gesetzentwurf voraussetzt, dass sich alle Unternehmen tariflich binden müssen. Über die Beantwortung der Frage, dass dies so nicht zutrifft, sondern es immer nur für die jeweilige öffentliche Auftragsvergabe gilt, bestimmte Bedingungen einzuhalten – der DGB ist der Meinung, dass die Öffentliche Hand Verantwortung zeigen muss – kam das Gespräch auf den Mindestlohn. Einen gesetzlichen Mindestlohn hält Herr Fischer für „unsozial, da Gering- und Niedriglöhner diesen in einem Unternehmen nicht erwirtschaften können“.

Gleichwohl hat aber die CDU Sachsen das Problem erkannt und überarbeitet gegenwärtig das bestehende Vergabegesetz. Es bestand Einigkeit darin, dass ein neues Vergabegesetz „vernünftige“ Kriterien enthalten und europarechtskonform sein muss.

08.06.2012

Sebnitz

## Gespräch mit OB von Sebnitz Mike Ruckh

Billig: Kommt Teurer - Öffentliche Aufträge fair vergeben



Der OB von Sebnitz Mike Ruckh erhält von Thomas Dißelmeyer, dem ehrenamtlichen DGB Vorsitzenden die Wasserwaage der DGB Kampagne "Billig: Kommt Teurer" am 8.6.2012 im Rathaus. *Hron*

Am 08.06.2012 machte die regionale Kampagne „Billig: Kommt Teurer“ des DGB noch einmal Station in Sebnitz in der Sächsischen Schweiz. Zunächst informierten die Kollegen vom DGB auf dem Marktplatz über die Ziele der Kampagne und sammelten Unterschriften zur Unterstützung. Dann stand ein Besuch beim Oberbürgermeister von Sebnitz an. Dieser hatte den DGB auf Wunsch ein Termin zur Diskussion des Anliegens der Gewerkschaften eingeräumt. Mike Ruckh empfing die Gesprächspartner freundlich und erläuterte seine Standpunkte zur Novellierung eines Vergabegesetzes.

Der Oberbürgermeister betonte in dem Gespräch seine Rolle als Chef der Verwaltung und wollte diese deutlich von der Politik getrennt wissen. Der Oberbürgermeister von Sebnitz ist gleichzeitig Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag. Im Gespräch macht Mike Ruckh deutlich, dass er bei öffentlichen Auftragsvergaben am ehesten zum sogenannten „Schweizer Modell“ tendiere. Dieses streicht sowohl das Billigste sowie das teuerste Angebot von der Vergabe. In jedem Fall ist aus der Sicht vom OB Ruckh das qualitative Ergebnis von öffentlichen Aufträgen egal, ob die Arbeiten nach Tarif ausgeführt werden oder nicht. Das hat aus seiner Sicht keinen Einfluss auf die gebotene Qualität der Leistung. Am ehesten sieht er noch Probleme durch die Weitergabe von Teilen der Aufträge an Subunternehmen. In keinem Fall möchte er eine Eingrenzung auf unmittelbare örtliche ansässige Firmen, da diese Firmen ja auch in anderen Regionen auf öffentliche Aufträge angewiesen sind.

Die Gesprächspartner waren sich darin einig, dass eine Veränderung des Verbraucherverhaltens notwendig ist. Mike Ruckh sprach von der „Aldisierung“ des Einkaufsverhaltens. Hier ist in der Tat ein Sinneswandel nötig. Während seiner Gespräche in Betrieben und Unternehmen, die er ja regelmäßig durchführt, stellt er aber fest, dass die Firmen davon ausgehen, in der Zukunft höhere Löhne zahlen zu müssen. Und zwar im Zusammenhang der Bindung von Fachkräften. Allerdings ist Mike Ruckh davon überzeugt, dass, wenn z. B. von den Kfz-Innungen Tarife vereinbart werden, die Menschen ihre Fahrzeuge im benachbarten Tschechien reparieren und warten lassen werden. Als Instrument der Steuerung sieht Ruckh die Ausschreibung selbst. Er sei aber, was den Dumpingwettbewerb angeht entspannt, weil die Billiganbieter in den nächsten drei Jahren eh weg sein werden. DGB-Landkreisvorsitzender Thomas Dißelmeyer und DGB-Regionvorsitzender Ralf Hron erläuterten die Positionen der Gewerkschaften für ein neues und faires Vergaberecht in Sachsen.



Unterschriften für die Kampagne "Billig: Kommt Teurer" sammeln auf dem Marktplatz von Sebnitz. *Hron*

11.06.2012

Dresden

## Abgeordnetengespräch Wahlkreisbüro Dr. Gerstenberg (MdL B90/Die Grünen)

Billig: Kommt teurer.



Übergabe der Kampagnen Wasserwaage an Dr. Karl-Heinz Gerstenberg (B90/Die Grünen, MdL) in Dresden im Wahlkreisbüro. *Hron*

Am 11.06.2012 trafen sich im Rahmen der Kampagne „Billig: Kommt Teurer“ der Landtagsabgeordnete Dr. Karl-Heinz Gerstenberg und der DGB-Regionsvorsitzende von Dresden-Oberes Elbtal Ralf Hron zu einem Gespräch über ein neues Vergabegesetz im Wahlkreisbüro in Dresden. Ausführlich diskutierten die beiden Gesprächspartner gemeinsam mit Dr. Heidi Becherer vom DGB-Bezirk Sachsen die Positionen von der Bündnis 90/Die Grünen zu den bisher vorliegenden Gesetzentwürfen. Seine Partei, so machte Dr. Karl-Heinz Gerstenberg deutlich, hat einen eigenen grünen Gesetzentwurf eingereicht: Der jedoch nicht in Gegenposition steht, zudem was die SPD und DIE LINKE als Gesetzentwurf ihrerseits im Sächsischen Landtag eingereicht haben. Im Gegenteil, die Grünen, signalisieren großes gegenseitiges Verständnis und erkennen die Parallelität wesentlicher Komponenten an. Im Anhörungsverfahren ist sicher Gelegenheit, die Gemeinsamkeiten deutlich zu machen.

Dr. Gerstenberg hält die Novellierung mit dem Kernziel, einer fairen und gesamtwirtschaftlich vernünftigeren Vergabepaxis für dringlich in Sachsen. Der „grüne Gesetzentwurf“ geht stärker darauf ein, dass bei der Bewertung von Produkten der öffentlichen Hand die Gesamtkosten des „Lebenszyklus“, betrachtet werden muss. Es geht also nicht nur um die Anschaffungs- oder Abschreibungskosten, sondern es müssen für eine solide Bewertung die Kosten der Unterhaltung, die Betriebskosten, die Reparatur und auch die Entsorgung berücksichtigt werden.

Natürlich muss bei einer nachhaltigen Wirtschaftsweise aus Sicht der Grünen die Kosten „im gesamten Umfeld“ stärkere Berücksichtigung finden. Dies gilt für die Grünen auch für alle sozialen Folgekosten. Die Gesprächspartner teilten ihre Auffassung in jedem Fall, einen gemeinsamen Weg für ein neues, faires Vergaberecht im Freistaat Sachsen zu gehen. Damit muss auch etwas gegen Dumpingentlohnung und für geordnete Beschäftigungsverhältnisse getan werden. Es nützt aus Sicht der Gesprächspartner gerade nichts, mit Niedriglohnstrategien und noch dazu bei Aufträgen mit Steuerzahlergeld erfolgreich sein zu wollen. Das führt zu vielseitigen sozialen Folgekosten. Für den Herbst planen die Dresdner Grünen gemeinsam mit dem DGB eine inhaltliche Veranstaltung zu dem Thema.



Gespräch zwischen Dr. Karl-Heinz Gerstenberg (MdL B90/Die Grünen) und DGB Regionsvorsitzenden Ralf Hron. *Hron*

11.06.2012

Dresden

## Dresdner Parteivorsitzende zum Thema Vergabegesetz

Billig: Kommt Teurer

Am 7. Juni fand als Teil der Gründungsveranstaltung des DGB Stadtverbandes Dresden eine Diskussionsrunde mit den Parteivorsitzenden von CDU, SPD, der LINKEN und von B90/Die Grünen im Volkshaus Dresden zur Vergabegesetz-Kampagne des DGB statt. In diesem Rahmen haben wir den Gästen unsere Kampagnen-Wasserwaage übergeben und sie um ein Statement zum Vergaberecht gebeten. Hier die Ergebnisse:



SPD Vorsitzende von Dresden, die Landtagsabgeordnete Sabine Friedel. Hron

---

***„Öffentliche Aufträge sollten nur an Unternehmen gegeben werden, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen. Dafür brauchen wir in Sachsen ein neues Vergabegesetz. Dann läuft der Wettbewerb zwischen den Unternehmen tatsächlich fair und über die Qualität statt auf dem Rücken der Beschäftigten. Es ist der Begriff der Wirtschaftlichkeit nicht zu verengen auf das Billigste Angebot. Die Billigsten Angebote erweisen sich bei genauerer Betrachtung viel zu oft als teurer. Und wie ein altes Sprichwort schon sagt: Nur die wirklich Reichen können sich billig leisten.“ (Sabine Friedel, SPD, MdL)***

---



Eine der beiden Vorsitzenden der Partei Die LINKE in Dresden, die Landtagsabgeordnete Annetrin Klepsch. Hron

---

***„Billig kommt teurer hat im Niedriglohnland Sachsen leider eine besondere Bedeutung. Wer Bau- und Dienstleistungen nur billig oder wirtschaftlich einkaufen will, ohne auf soziale und ökologische Mindeststandards zu achten, der tut sich und dem Gemeinwesen keinen Gefallen. Denn die Zeche für die mehr als 120.000 ArbeitnehmerInnen in Sachsen, die so wenig verdienen, dass sie zusätzlich Grundsicherung der öffentlichen Hand beziehen müssen, um ihre Existenz zu bestreiten, zahlen alle SteuerzahlerInnen. Eine Überarbeitung des Vergabegesetzes ist in Sachsen unter Berücksichtigung von Tariftreue dringend nötig, wie es die Mehrzahl der Bundesländer vorgemacht hat, solange es keinen bundesweiten branchenübergreifenden Mindestlohn gibt. Der Begriff der wirtschaftlichen Vergabe muss mit gesetzlichen Indikatoren wie Tariftreue, Ausschluss von Kinderarbeit und Zwangsarbeit sowie ökologischer Ressourcenschonung unteretzt werden. Die LINKE hat deshalb mit der SPD im Sächsischen Landtag dazu einen Gesetzentwurf eingebracht und begrüßt die Kampagne des DGB in Sachsen.“ (Annetrin Klepsch, Die LINKE, MdL)***

---



Der Sprecher der B90/ Die Grünen in Dresden Michael Schmelich. Hron

**"Wir Grünen halten ein neues Vergabegesetz für Sachsen dringend für erforderlich. Dieses muss sowohl soziale wie auch ökologische Grundkriterien beinhalten. Es kann nicht sein, dass wir mit öffentlichen Geldern noch den Dumpingwettbewerb anheizen um dann die Folgen einer unsozialen Vergabepaxis zu kaschieren. Ich denke, wir werden uns bei den Gesetzentwürfen aufeinander zu bewegen. Die Zusammenarbeit mit den Erfahrungen der Gewerkschaften sind hier wichtig. Immer nur alles Billiger, dass hilft am Ende Niemanden weiter." (Michael Schmelich, Sprecher B90/Die Grünen)**

12.06.2012

Großenhain

## Kampagne am Frauenmarkt in Großenhain

Öffentliche Unterschriftenaktion



Der DGB Kreisverband Meissen sammelte am 12.6. in Großenhain Unterschriften für die Vergabegesetz-Kampagne "Billig: Kommt teuer". Gemeinsam mit Die Linke und der SPD. Hron

Am 12.06.2012 trafen sich die Kolleginnen und Kollegen des ehrenamtlichen DGB-Kreisverbandes Meissen in Großenhain am Frauenmarkt, um für die Kampagne „Billig: Kommt Teurer“ öffentlich zu werben. Eingeladen hatte sie die Landtagsabgeordnete von der Partei DIE LINKE, Kerstin Lauterbach. Bei wunderbarem Wetter und noch besserer Laune sammelten sie Unterschriften für ein neues Vergabegesetz und führten spannende Diskussionen mit den Passanten.

Irina Kaczmarek von der IG BAU und Wolfgang Koscielny von ver.di waren früh zum Standaufbau in die Großenhainer Innenstadt gekommen. Ebenso freuten wir uns sehr, dass Harald Kühne, der Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktion DIE LINKE und die Stadträtin Elisabeth Enger, ebenfalls Stadträtin der LINKEN, mit weiteren Mitstreiterinnen zum Kampagnenbus des DGB gekommen waren. Mit dabei ebenso Erika Frentz und Werner Naumann, die fleißig mit den Besuchern am Stand diskutierten. Auch die Bundestagsmitarbeiterin von Dr. Marlies Volkmer (MdB, SPD), Sabine Röver, war zur Unterstützung der DGB Kampagne anwesend.

Die Besucher des Informationsstandes reagierten positiv und unterstützten das Anliegen, die öffentliche Auftragsvergabe in Sachsen künftig fairer zu regeln. DGB-Regionsvorsitzender Ralf Hron in Großenhain: „Die Menschen unterstützen die Kampagne des DGB. Die darauf abzielt mit unserem Steuergeld bei öffentlicher Vergabe sinnvoller umzugehen. Jeder weiß, dass sich die Katze selbst in den Schwanz beißt, wenn die Städte, Kommunen und Gemeinden nach dem Billigprinzip verfahren. Die an anderer Stelle dann anfallenden, Nachschubkosten, Reparaturkosten, Zweitanschaffungskosten und ergänzenden Sozialleistungen für schlecht bezahlende Billiglöhner machen in der Regel am Ende ‚Billig teuer‘.“ Der DGB tourt durch die Region in Sachsen, um die Politik zum Nachdenken zu bewegen. Parallel dazu finden Gespräche mit Abgeordneten und Kommunalfunktionsträgern statt.



Unterschriftensammlung am Frauenmarkt in Großenhain am 12.6.2012. *Hron*



"Billig: Kommt Teurer". Die Kampagne des DGB Sachsen zum Vergabegesetz in Großenhain. *Hron*



Wolfgang Koscielny (verdi) und Irina Kaczmarek (IG BAU) vom DGB Kreisverband Meißen in Großenhain. *Hron*

13.06.2012

**Dresden**

## **Vor Ort Termin mit Dr. André Hahn (DIE LINKE)**

Abgeordnetengespräch mit Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag



Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag in Sachsen Dr. Andre' Hahn erhält die Kampagnenwasserwaage "Billig: Kommt Teurer" vor der Eishalle in Dresden. *Hron*

Am 12.06.2012 traf sich der DGB im Rahmen der Vergabegesetzkampagne mit dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Sächsischen Landtag Dr. André Hahn zu einem Gespräch vor der Eishalle in Dresden. Verabredet hatte man sich auf Wunsch der Gewerkschaften mit Hahn, dessen Wahlkreis in Pirna liegt, um den Sachstand des Gesetzgebungsverfahrens für ein neues Vergabegesetz für Sachsen zu diskutieren. Am Beispiel des Schadens am Dach der Dresdner Eishalle zeigt sich in besonders drastischer Weise, welche Folgen der Preisdruck von öffentlichen Bauten haben kann. Die Gesprächspartner betonten, dass man nur mit präziseren Regelungen in einem Vergabegesetz mehr Transparenz und Wirtschaftlichkeit bei öffentlichen Aufträgen herstellen kann.

Die bisherige Regelung der Wirtschaftlichkeit werden in Sachsen oftmals so ausgelegt, dass die billigsten Anbieter den Zuschlag für öffentliche Aufträge erhalten. Die Mehrkosten solcher Verfahren sind am Beispiel der Dresdner Eishalle leider zu besichtigen. Aber es gibt auch weitere Beispiele dafür, dass der Preisdruck zum billigsten Anbieter erhebliche Folgekosten verursacht. Dr. Hahn nannte als Beispiel die Autobahnböschungen, die an der A 17 Richtung Prag ständig erneuert werden müssen. Der DGB-Regionvorsitzende Ralf Hron benennt die geschlossene Turnhalle einer Schule in Freital. Der von der LINKEN und der SPD eingereichte Gesetzentwurf geht über die bisherigen Regelungen im Vergaberecht weit hinaus und definiert, wirtschaftliche, soziale und ökologische Kriterien für öffentliche Aufträge. So geht es beispielsweise um die Einhaltung von Mindestlöhnen, tariflichen Bindungen, aber auch um Qualifikationsstandards. Nur wenn im Gesetz klare Vorgaben gemacht werden, können die Kommunen diese im Zusammenhang ihrer Ausschreibungsverfahren dann auch vorgeben. Die Praxis zeigt deutlich, dass sich die öffentlichen Auftraggeber in der Regel auf die Argumentation zurückziehen, dass nur das Preisargument rechnerisch nachprüfbar eindeutig ist. Dr. André Hahn informierte darüber, über den bisher vorgesehenen zeitlichen Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens im Landtag.

„Wer öffentliche Einrichtungen in hoher Qualität und von langer Haltbarkeit haben möchte, darf keine Dumpinglöhne bei den Baufirmen akzeptieren. Immer mehr Fälle zeigen, dass billige Aufträge am Ende zu Nachträgen und Folgekosten führt, die die Kommunen belasten. Deshalb brauchen wir ein Vergabegesetz mit klaren Regeln, die für alle gelten, die sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen. Es ist nicht zu akzeptieren, das heute fast immer der den Zuschlag erhält, der keine Mindestlöhne zahlt, und bei späteren Regressansprüchen oftmals gar nicht greifbar ist.“



Andre Hahn, (Die LINKE) vom Wahlkreis Pirna mit DGB Regionvorsitzenden im Gespräch mit Journalisten aus Dresden. Hron

---

**„Wer öffentliche Einrichtungen in hoher Qualität und von langer Haltbarkeit haben möchte, darf keine Dumpinglöhne bei den Baufirmen akzeptieren. Immer mehr Fälle zeigen, dass billige Aufträge am Ende zu Nachträgen und Folgekosten führt, die die Kommunen belasten. Deshalb brauchen wir ein Vergabegesetz mit klaren Regeln, die für alle gelten, die sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen. Es ist nicht zu akzeptieren, das heute fast immer der den Zuschlag erhält, der keine Mindestlöhne zahlt, und bei späteren Regressansprüchen oftmals gar nicht greifbar ist.“ (Dr. Andre’ Hahn, Die LINKE)**

---

13.06.2012

Dresden

## DGB im Vorstand von DIE LINKE Dresden

Diskussion zum Vergaberecht und zur Kampagne „Billig: Kommt Teurer“



Mitglieder des Vorstandes der LINKEN Dresden am Kampagnenbus des DGB vorm Haus der Begegnung. Hron

Der DGB-Regionvorsitzende Ralf Hron war am 12.06.2012 am frühen Abend Gast in der Vorstandssitzung der Dresdner LINKEN. Eingeladen hatten ihn hierzu die Landtagsabgeordnete Annetrin Klepsch und ihr Ko-Vorsitzende der Dresdner LINKEN Tilo Kießling. Im Haus der Begegnung in der Großenhainer Straße hatte Hron für den DGB die Gelegenheit, die Kampagne „Billig: Kommt Teurer“ vorzustellen und auf die inhaltlichen Positionen der Gewerkschaften zu einem neuen Vergabegesetz einzugehen.

In einer sehr freundlichen und konstruktiven Atmosphäre wurden Nachfragen diskutiert und auch über eine Beteiligung der Dresdner LINKEN an der Kampagne besprochen. Die Vorstandsmitglieder der Partei DIE LINKE teilen die grundsätzlichen Vorstellungen der Gewerkschaften zur Novellierung des Sächsischen Vergaberechts. Das Gesetz muss in jedem Fall Mindestlöhne und mögliche tarifliche Vereinbarungen berücksichtigen. Soziale Kriterien werden aber auch darüber hinaus genauer definiert. Immer mit Ziel Dumping bei öffentlichen Aufträgen zu vermeiden. Die öffentlichen Auftraggeber müssen verhindern, dass bei von ihnen in Auftrag gegebenen Dienstleistungen, Bauten oder Projekten der Steuerzahler mit dem Folgekosten bis hin zur Entsorgung belästigt wird. Auch die Frage von sogenannter „schmutziger“ Konkurrenz sollte bei der Überarbeitung des Vergabegesetzes berücksichtigt werden.

Man diskutierte etliche Vorschläge für eine Beteiligung von Mitgliedern der LINKEN an der Kampagne. Dabei wurden verschiedene Aktionsvorschläge diskutiert und einige Verabredungen getroffen. Hron berichtete für den DGB von den bisherigen Abgeordnetengesprächen und stellte dabei auch Positionen der anderen Parteien dar. Für den Herbst verabredet man sich zu weiteren gemeinsamen Gesprächen. Die LINKE wurde vom DGB recht herzlich eingeladen, sich an den öffentlichen Veranstaltungen zum Vergabegesetz im Herbst in der Region zu beteiligen.



Der Vorsitzende der LINKEN Dresden erhält die Wasserwaage zur DGB Kampagne "Billig: Kommt Teurer". Hron

13.06.2012

**Moritzburg (Meißen)**

## **Abgeordnetengespräch mit Martin Dulig (SPD)**

Im Wahlkreis vom Fraktionsvorsitzenden der SPD zum Vergabegesetz



Der Fraktionsvorsitzende der SPD Landtagsfraktion Martin Dulig erhält in seinem Wahlkreis die Wasserwaage zur DGB Kampagne "Billig: Kommt Teurer". Hron

Am 13.06.2012 trafen sich zur Vergabegesetzkampagne der Fraktionsvorsitzenden der SPD im Sächsischen Landtag Martin Dulig in seinem Wahlkreis mit dem DGB. Um über die Vergabegesetzkampagne der Gewerkschaften und das Gesetzgebungsverfahren zu diskutieren. Dulig informierte den DGB Regionvorsitzenden Ralf Hron über den aktuellen Sachstand des von seiner Partei gemeinsam mit der LINKEN eingereichten Gesetzentwurfs. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass zu einem wirtschaftlich sinnvollen und sozial gerechten Vergabegesetzes Regelungen zu einer tariflichen Bestimmung und Mindestlöhnen ebenso nötig sind, wie Vorschriften zu ökologischen Kriterien. Es kann nicht angehen, dass die Allgemeinheit die Folgekosten von Billigangeboten im doppelten Sinne zu tragen hat. Einmal über zu geringe Löhne, die von den Jobcentern aufgestockt werden müssen, und zum anderen über Nachfolgekosten bei möglichen Regressen. Qualität hat seinen Preis, und letztlich lohnt es sich für die öffentliche Hand in der Regel nicht, nur auf billig zu setzen.

Die Gesprächspartner waren sich darin einig, dass auch hinsichtlich der Fachkräfteentwicklung der fortlaufende Dumpingwettbewerb schädlich ist. Sachsen muss weg vom Billiglohnimage. Nur mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen wird langfristiger wirtschaftlicher Erfolg möglich sein. Gerade bei öffentlichen Aufträgen muss dies berücksichtigt werden. Der DGB hatte sich an Martin Dulig mit dem Gesprächsersuchen im Rahmen seiner Abgeordnetengespräche bei der regionalen Tour gewandt. Besprochen wurden verschiedene Beispiele von Folgekosten, von öffentlichen Aufträgen ebenso wie weitere mögliche Ansatzpunkte für Kriterien im Gesetz. Hron berichtete von den bisherigen Reaktionen der Abgeordneten verschiedener Parteien auf die DGB-Kampagne und von den Reaktionen der Besucher an den Infoständen.



Während der Übergabe an Martin Dulig (MdL, SPD) in Moritzburg, Kreis Meißen. Hron

*„Schon während meiner Lehrzeit habe ich gelernt: Wer billig baut, baut zwei Mal. Dieses alte Sprichwort sollte auch in anderen Parteien stärkere Berücksichtigung finden. Die öffentliche Auftragsvergabe muss neu geregelt werden. Wir können in Sachsen mit dem Geld der Steuerzahler wesentlich sinnvoller umgehen. Das Vergabegesetz ist eine sehr konkrete Möglichkeit, für Qualität bei öffentlichen Aufträgen zu sorgen. Tarifliche Standards sollten unbedingt Berücksichtigung finden. Nur ordentliche Löhne für ordentliche Arbeit helfen den Beschäftigten und erhalten die Unternehmen langfristig.“ (Martin Dulig, MdL SPD)*

13.06.2012

Dresden

## Abgeordnetengespräch mit Geert Mackenroth, MdL (CDU)

Der Staat ist zu arm, um sich das Billigste leisten zu können



Der Landtagsabgeordnete Geert Mackenroth (MdL, CDU) aus Riesa-Großenhain erhält nach dem Abgeordnetengespräch mit dem DGB die Wasserwaage der Kampagne "Billig: Komt Teurer". Hron

Am 13.06.2012 fand in Dresden auf Bitten des DGB ein Gespräch mit dem Riesa-Großenhainer CDU-Landtagsabgeordneten Geert Mackenroth zur Vergabegesetzkampagne der Gewerkschaften statt. Regionsvorsitzender Hron erläuterte die Kernanliegen der DGB-Kampagne, die u. a. eine gesellschaftliche Diskussion für den Wert von Arbeit und gegen Dumping unterstützen soll. In dem konstruktiven Gesprächsdialog gab Mackenroth seiner Überzeugung Ausdruck, dass die anstehende Überarbeitung der Vergabegesetzgebung in Sachsen zu einer Verbesserung der öffentlichen Auftragsvergabe führen kann und muss. „Der Staat ist zu arm, um sich das Billigste leisten zu können“, drückte Mackenroth seine Grundüberzeugung aus.

Die zuständigen Mitarbeiter für öffentliche Vergabe müssen es aus Sicht von Mackenroth in jedem Fall schwerer haben, in Zukunft einfach nur das billigste Angebot anzunehmen. Nach der Opposition arbeitet auch die Regierungskoalition an einer Überarbeitung des sächsischen Vergabegesetzes. Dabei soll es aber nicht zu einer „Überbürokratisierung“ kommen. Der Riesa-Großenhainer Landtagsabgeordnete der CDU machte deutlich, dass er sich aber Kriterien vorstellen kann, die es verhindern, dass Dumpingangebote bei öffentlichen Aufträgen den Zuschlag erhalten. Vor allem die Stärkung der heimischen Wirtschaft ist auch im Vergabekontext sein wichtiges Anliegen. Darüber hinaus müssen Formulierungen gefunden werden, die z. B. die Gewährleistungspflicht bei möglichen Insolvenzen absichert. Auch die soziale Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse ist für Mackenroth als vergabenahe Kriterien denkbar. Diskutiert wurden zwischen den Gesprächspartnern dabei über Urlaub, Fortbildung, Qualifikation oder den Nachweis von Pflichtbeiträgen zu Krankenversicherungen. Der DGB und Mackenroth vereinbarten, zu dem Novellierungsverfahren im Gespräch zu bleiben.



Geert Mackenroth (MdL, CDU) nach dem Gespräch mit dem DGB am 13.6.2012. *Hron*

---

**„Der Staat ist zu arm, um sich nur das Billigste leisten zu können. Wir müssen die Wirtschaft insgesamt voranbringen, die öffentliche Auftragsvergabe sollte auch und gerade unsere sächsische bzw. die lokale Wirtschaft stärken. Es wird also bei der Novellierung der Vergabe auch darum gehen, zur Unterstützung unserer Klein- und Mittelbetriebe Kriterien zu formulieren, die die heimischen Anbieter unterstützen. Natürlich soll die Vergabegesetzgebung Dumpingangebote aus der öffentlichen Auftragsvergabe heraushalten. Aber auch die soziale Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse, wie z. B. Urlaub, Fortbildung oder Krankenversicherung sind als vergabenahe Zuschlagskriterien denkbar.“ (Geert Mackenroth, MdL, CDU).**

---

14.06.2012

Pirna

## Gespräch mit Landrat Michael Geisler

"Billig: Kommt Teurer" Sächsische Schweiz-Osterzgebirge



Im Gespräch zur DGB Kampagne "Billig: Kommt Teurer": Landrat Michael Geisler, Die Beigeordnete für Ordnung des Landkreises, Frau Hille. Der DGB Kreisvorsitzender Thomas Dißelmeyer und DGB Regionsvorsitzender Ralf Hron. *Hron*

Am 14.06.2012 empfing der Landrat der Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Michael Geisler gemeinsam mit Frau Hille, Beigeordnete für Ordnung, Vertreter des DGB, um über öffentliche Vergaben zu sprechen. Dabei ging es um die anstehende Novellierung des Vergabegesetzes und die Kampagne „Billig: Kommt Teurer“ des DGB. Der neu gewählte ehrenamtliche Kreisverband hatte um dieses Gespräch gebeten. In einer außerordentlichen offenen und freundlichen Atmosphäre stellten Thomas Dißelmeyer, Kreisvorsitzender des DGB-Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und der Regionsvorsitzende Dresden-Oberes Elbtal Ralf Hron Schwerpunkte der Gewerkschaftskampagne vor. Landrat Michael Geisler zeigte grundsätzliches Verständnis für das Ziel der Kampagne. Er erinnerte sich an etliche Ausschreibungen in seinem Verantwortungsbereich, die er sachlich nicht nachvollziehen konnte. Da waren z.B. teilweise Angebotsunterschiede von 200 bis 300 Prozent im Preis. Eine ganze Zeit lang galt offensichtlich, dass der billigste Anbieter den Zuschlag erhält.



Der Landrat Michael Geisler aus der Sächsischen Schweiz Osterzgebirge erhält die Kampagnen Wasserwaage des DGB nach dem Gespräch am 14.6.2012 in Pirna überreicht. *Hron*

Verständnis besteht beim Landrat auch dafür, dass im Interesse der Arbeitnehmer dem Dumping einen Riegel vorgeschoben werden muss. Geisler diskutierte mit seinen Gästen darüber, dass Qualität in den Produkten, Dienstleistungen und Bauten für öffentliche Aufträge entscheidend sind. In einer Zeit der permanenten Veränderung, z. B. der Fachkräfteprobleme, müssen kreative Ideen für die Öffentlichen Aufträge herausgearbeitet werden. Die gleichzeitig natürlich rechtssicher im Verfahren gemacht werden müssen. Landrat Geisler teilte die Einschätzung, dass mittlerweile viele Menschen im Niedriglohnbereich, bei teilweise trotz zwei Jobs, große Probleme haben. Auch in diesem sozialen Interesse muss der Dumpingwettbewerb eingeschränkt werden.

Frau Hille, Beigeordnete für Ordnung, erklärte an einem Beispiel, dass dort wo Tarifverträge existieren und allgemeinverbindlich sind, diese bereits jetzt in die Ausschreibungskriterien aufgenommen werden. Allerdings mahnte sie an, den gesamten Bereich der öffentlichen Vergabe nicht überzuregulieren. Der Landrat ergänzte, dass alle möglichen Regelungen, die man in einem Vergabegesetz aufnehmen will, hinsichtlich ihrer möglichen negativen Folgen abgeklopft werden müssen.



Landrat Geisler und Beigeordnete Frau Hille vom Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge. *Hron*

Thomas Dißelmeyer erhob im Gespräch die positive fraktionsübergreifende Lösung der Probleme beim Rettungsdienst hervor und hatte auch Gelegenheit, die veränderte Struktur beim DGB zu erklären. Michael Geisler machte dann zwei konkrete Vorschläge. Er schlug vor, gemeinsam mit den Fachverbänden, der öffentlichen Hand und den Gewerkschaften zur Stärkung des Tourismus in der Region enger zusammenzuarbeiten. Um gemeinsame Initiativen zur Unterstützung der Firmen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang skizzierte Geisler detailliert Probleme der Gaststätten und Hoteliers beim Fachkräfteangebot. Außerdem gab er seiner Überzeugung Ausdruck, dass die Unternehmen selbst unter dem sogenannten „schwarzen Schaf“ leiden. Billiganbieter verderben oft genug die Konkurrenz. Konkret bot er der Diskussion mit Unternehmen darüber an, wie man gemeinsam Qualitätsinitiativen entwickeln kann.

Die Diskussionspartner tauschten sich auch über die Frage von Gewährleistungsansprüchen, über mögliche Insolvenzen von Firmen von öffentlichen Aufträgen und Bankenabsicherungen von öffentlichen Aufträgen aus. Michael Geisler berichtete dabei über die sehr unterschiedlichen Voraussetzungen von Firmen bei der Kreditvergabe. Man verständigte sich im Gespräch zum Schluss auf eine weitere gemeinsame Aufmerksamkeit auf das Thema der öffentlichen Auftragsvergabe.

DNN-Interview am Donnerstag: heute mit dem DGB-Regionvorsitzenden Ralf Hron über ein neues Vergabegesetz

# „Aufträge für heimische Wirtschaft“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) setzt darauf in der Region für ein neues Vergabegesetz in Sachsen, das unter anderem Regelungen zur Parität von Stellen umfasst über die Unterarbeiten, so am Montag, als am Vormittag 120 Menschen unter anderem außerdem macht die Gewerkschaft das Gespräch mit Politikern. DGB-Regionvorsitzender Ralf Hron sprach bereits mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus Jochims, Morgen besucht er den OB in Sebnitz. Im DNN-Interview bespricht Hron, warum die Zeit von jetzt bis jetzt verheißungsvoll ist.

**Frage:** Der DGB hat die Konzeptionshilfe „konkret besser“ gefordert. „Billich“ und „besser“ sind Gegensätze. Wie messen Sie damit?

**Ralf Hron:** Die Kampagne zielt auf eine Neuregelung der öffentlichen Auftragsvergabe. Wenn der Staat mehr selbst Aufträge vergibt, muss er dafür sorgen, dass nicht einfach nur nach dem billigsten Angebot geschaut wird. Wir haben ein riesiges Bauvorkommen, das das billige ganz schnell gehen kann wird.

**Frage:** Sie sind Beispiel?

Auf Arbeit kommen mit die Turnhalle in Freital und die Hiskalle in Dresden in den Sinn. Hier kann man davon ausgehen, dass zur Auktion auf. Teilweise kann man gespart werden. In den Bunde entstehen enorme Folgekosten. Die Kampagne hat schon einen Einfluss gehabt. Sachsen hat bereits ein Vergabegesetz. Darin heißt es, dass das wirtschaftlichste Angebot zu nehmen ist. In der Praxis führt dies aber dazu, dass man nachträglich danach gucken wird, was der billigste Anbieter ist. Das führt zu Problemen zum



Wird in der Region für ein neues Vergabegesetz in Sachsen, das u.a. Regelungen zur Parität und Mindestlohn enthält. DGB-Regionvorsitzender Ralf Hron. Foto: S. Kuhnert

einmal bei der Qualität der Bauten und zum anderen bei der Beschäftigung der Bauarbeiter. Wir können uns den Durchgängigkeitsvergleich nach vorne nicht mehr erlauben.

**Frage:** Sie fordern, dass wirtschaftliches Angebot zu nehmen, soll doch eigentlich nicht sein, dass die wirtschaftliche Menge stärker sein muss. Wie sieht das aus?

Der wirtschaftliche Kontrakt beinhaltet nicht nur allein die monetäre Vertragsleistung, sondern die soziale Verantwortung. Wir haben auch die Folgekosten, wenn die Preisgarantie immer wieder nach unten beschleunigt wird, macht man die eigenen Betriebe in der Region kaputt. Oder die Arbeiter und Angestellten müssen sich umständliche Leistungen bezahlen.

Der Lohn reicht nicht aus, um den Lebensstandard zu bezahlen. Sie gehen nicht auf die Hand zu bezahlen oder andere Leistungen. Das kann man nicht wirtschaftlich rechnen.

**Frage:** Welche Kriterien sollten bei einer öffentlichen Vergabe eines Auftrags gelten?

Bei einer öffentlichen Auftragsvergabe sollten wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte sowie Preis und Qualität der Beschäftigten eine Rolle spielen. Bei der Vergabe von Aufträgen, Preis und Qualität nicht, wenn die beim Angebot über den Durchgangswert hinausgehen. Das ist ein wichtiger Punkt. Die Abhängigkeit von Transparenz

gen wie dem Konstrukt für die Unternehmungen wieder verstärkt darüber nachdenken, wie wir regionale Kreisläufe stärken können. Der Landtagspräsident und die Bundestage vor Ort werden wichtige Schritte sein.

**Frage:** Nur die Regierung vor Ort die Aufträge erhalten sollen, nicht dass nicht der Arbeitgeber für und für gewöhnlich?

Matthias muss man im kommunalen Geschäft und insbesondere bei Bauprojekten ein sehr strenges Bekenntnis haben, um Korruption und ähnliche Dinge zu vermeiden.

**Frage:** Was sollte ein Vergabegesetz Ihrer Meinung nach beinhalten?

Sachsen muss ein Vergabegesetz entwickeln. Bildung von Ausschüssen zur Begleitung der Verfahren, zu Mindestlohn und Lohnarbeit. Es müssen ökologische Grundkriterien definiert werden. Außerdem haben Kontrollinstanzen und Sanktionsmöglichkeiten. In diesem Kontext müssen auch alle Verfahren von Aufträgen an Subunternehmern geregelt sein.

**Frage:** Stellen diese Kriterien nicht im Widerspruch zu dem Vorkonzept des DGB?

In Deutschland wird häufig mit dem Finger nach Berlin gezeigt – nach dem Modell. Die EU hat Standards, Berlin soll nicht nur, dass es in Deutschland gehen muss, sondern alle alle haben. Vor der Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen sind Beispiele anderer Bundesländer zu zeigen, dass Mindestlohn und Tariflöhne im Vergabegesetz festgeschrieben werden können. Sachsen gehört zu den besten der Länder, die keine Paritätsgesetze haben. Sächsischer Minister plant dies, seit Dienstag zu ändern.

**Gepräch:** Silvio Eichner

DNN 09.06.2014

0909

## Opposition will neue Regeln für Vergaben

Werden Straßen, Brücken oder Schulen gebaut, hat der billigste Anbieter meist die besten Chancen. Das soll sich ändern, hoffen Linke, SPD und Gewerkschaften.

Von KLEINHEID STRUBER

Dresden. Sachsens Vergaberecht kommt die Kommunen und dem Freistaat teilweise teuer zu stehen – dies will die Opposition ändern und stellt heute im Landtag eigene Gesetzesentwürfe vor. Obwohl laut dem Vergabegesetz von 2002 das günstigste Angebot bei öffentlichen Ausschreibungen den Zuschlag erhält, drohen Folgekosten.

Wie jüngst beim Dach der Dresdner Elbahalle. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bezeichnete die Risse im Elbahallendach als „Pfusch am Bau“. „Wenig nach vier Jahren das Dach Risse bekommt und die ausführende Baufirma pleite ist, dann liegt der Verdacht nahe, dass wieder einmal der billigste Anbieter zum Zuge gekommen war“, sagte damals der DGB-Vorsitzende für die Dresdner Region Ralf Hryn.

### Jedes Jahr eine Milliarde Euro

Sachsens Kommunen und der Freistaat schreiben jährlich Aufträge für eine Milliarde Euro aus – etwa für neue Straßen, die Sanierung von Schulen oder Computerprogramme. SPD, Linke und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) schlagen im gemeinsamen Entwurf vor, dass Firmen künftig nur einen Auftrag bekommen, wenn sie tariffrei sind und einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde zahlen.

Der Gesetzesentwurf der Grünen sieht zudem vor, bei Ausschreibungen neben den Baukosten auch die Betriebskosten für die nächsten Jahrzehnte zu berücksichtigen. Höhere Kosten für Wärmedämmung würden sich so dank geringerer Betriebskosten lohnen.

Die CDU/LDP-Koalition überarbeitet ebenfalls das Vergaberecht. Mindestlöhne, Tarifbremse oder ökologische Aspekte spielen darin keine Rolle, sagte Frank Heidan, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/LDP. Dafür seien die Tarifparteien verantwortlich bzw. andere Gesetze da. Er rechnet nach der Sommerpause mit einem Gesetzesentwurf der Koalition.

## Dachbelag wird ab Juli entfernt

Die Eishalle erhitet weiter die Gemüter. Während auf dem Dach des Gebäudes inzwischen die Handwerker dabei sind, das undichte Dach zu erneuern, steht noch immer nicht fest, was genau die Ursache für die Havarie vom Februar ist. Aktuell laufen Arbeiten an der Dachbrettlung. Am Anfang Juli soll dann der alte Dachbelag entfernt werden, erklärt Sven Maria, der Leiter des Sportstätten- und Bäderbetriebes. Informationen über das ganze Ausmaß des Schadens seien vorher nicht möglich.

Nicht beschädigt sind die Seitenwände zur DSC-Trainingshalle. Dass hier die Wandpaneele entfernt wurden, liegt daran, dass in den kommenden Wochen ein Gerüst samt Anfrag verankert werden müsse. Auch an der Front zur Magdeburger Straße werden demnächst obige Wandabdeckungen fallen, da auch diese Front eingestüst wird. Für den Dresdner DGB-Geschäftsführer Ralf Hron ist die Eishalle ein Beispiel für eine verfehlte Vergabeprozesse in Sachsen. Das Diktat des „wirtschaftlich günstigsten Angebotes“ werde von den Kommunen immer wieder mit dem billigsten Angebot gleichgesetzt. Das führe oft dazu, dass beim Bau geschlumpt werde und öffentliche Gebäude sich als Fass ohne Boden herausstellen. „Durch die derzeitige Vergabe von Aufträgen an den billigsten Anbieter entstehen zu viele Fehler und Mängel“, sagt auch Jörg Dietrich, Präsident der Handwerkskammer (HWK) Dresden. „Es ist unbestreitbar, dass wir unbedingt ein anderes Vergabesystem brauchen.“

572

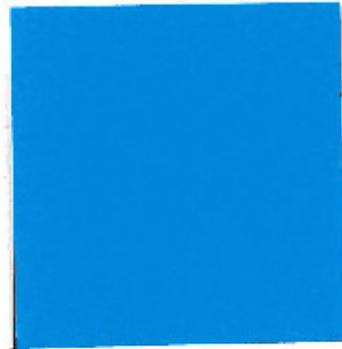
## Gewerkschaft kritisiert Baupfusch an der Eishalle

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Fraktion „Die Linke“ fordern Konsequenzen aus der Eishallenhavarie. DGB-Regionvorsitzender Ralf Hron steht darin klare Baupfusch: „Das ist ein Problem der Ausschreibungen, weil immer das billigste Angebot den Zuschuss erhält.“ Sowohl er als auch André Hahn, Fraktionsvorsitzender der Linken, fordern deshalb veränderte Kriterien bei Ausschreibungen. „Es muss der Mindestlohn eingehalten werden. Außerdem sind Faktoren wie die Lebensdauer eines solchen Baus und eine ordentliche Gewährleistung dringend zu beachten“, so Hahn. Denkbar sei ihm zufolge auch, dass das billigste und teuerste Angebot nicht gestrichen würden. (SZ/jr)

Mo 21.04.06.

### Kampagne der Gewerkschaft

DRESDEN - Heute startet der DGB in Dresden eine neue Kampagne. Unter dem Slogan „Billig kommt teuer“ geht es um ein neues Gesetz zur Vergabe öffentlicher Aufträge. Unter anderem wollen die Gewerkschafter in Pirna, Sabitz, Meißen und Dresden mit Abgeordneten und Bürgermeistern ins Gespräch kommen.



SZ 12.06.12

### Großenhain **Infomobil zum Vergabegesetz**

SPD, Linke, Grüne und DGB ziehen an einem Strang beim neuen sächsischen Vergabegesetz. Dazu gehören unter anderem die Tarifbindung der Bieterunternehmen und beteiligter Subfirmen, die Garantie eines Mindestlohns sowie die Regelung zu Leiharbeitsverhältnissen.

Um die Bürger über die gemeinsame Initiative aufzuklären, geht der DGB mit den Parteien auf Info-Tour. Das Mobil macht am Dienstag von 9.30 bis 11 Uhr auf dem Großenhainer Hauptmarkt Station. Es wird auch die neueste Ausgabe der „Linken im Elbland“ verteilt und als Gesprächspartner stehen Stadträte der Linken zur Verfügung. (SZ)